

Wohnsituationen von Migranten/innen**- Vorschläge zur Verbesserung und Integration in den Wohnvierteln-**

Die Wohnungsmangelsituation nimmt zu. Gerade Migrantinnen und Migranten sind oft von überhöhten Mieten und schlechten Wohnverhältnissen betroffen.

Maßnahmen im frei finanzierten Wohnungsbau:

Die Stadt soll in Zukunft wieder verstärkt Instrumente anwenden, die zur Verbesserung der Wohnsituation beitragen, z.B.:

- Beobachtung der Wohnungsmarktsituation und Dokumentation der Mangelsituation in bestimmte Teilmärkten, damit die Stadt Bonn effektiv Mietpreisüberhöhungen mit den Mitteln des Wirtschaftsstrafgesetzes verfolgen kann.
- Festlegung der angemessenen Mieten im Rahmen des SGB II am jeweils geltenden Mietspiegel
- Verfolgung von Instandhaltungsmängeln gemäß Wohnungsaufsichtsgesetz..

Maßnahmen im öffentlich geförderten Wohnungsbau:

Ein grundsätzliches Problem in Bonn ist, dass zu wenige öffentlich geförderte Wohnungen zur Verfügung stehen.

Bonn gehört zu den Städten mit den geringsten Belegungsrechten vergleichbarer Städte in NRW.

Gleichzeitig hat Bonn – im Gegensatz zu anderen Regionen in NRW ein Bevölkerungswachstum, aber aufgrund fehlender Bauflächen kaum Chancen auf den Neubau von Wohnungen.

Da Migranten auf dem Wohnungsmarkt ohnehin relativ schlechte Chancen haben, sind sie bei der Vergabe öffentlich geförderter Wohnungen, die nach Dringlichkeitskriterien erfolgt überproportional vertreten.

Die führt zu einer verstärkten Ballung von Migrantenfamilien im öffentlich geförderten Wohnungsbau.

Deutsche Familien verlassen dann häufig diese Siedlungsbereiche aus Angst vor „Überfremdung“. Hierbei ist ein wesentlicher Faktor, dass sog.

Besserverdienende, in der Regel eher deutsche Familien zur Zahlung einer Ausgleichsabgabe herangezogen werden.

Daher sollte die Stadt prüfen, welche neuen Instrumente die Wohnungsbauförderung des Landes NRW zur Verfügung stellt, um möglichst dezentral, im Rahmen einer kleinräumigen Verdichtung zu bauen, gebrauchte Immobilien zu erwerben oder erwerben zu lassen, für die dann die Stadt ein Belegungsrecht hat.

Ebenso sollte die Stadt Bonn verstärkt bemüht sein, für bestimmte Bereiche in den einzelnen Stadtbezirken, in denen verstärkte Ansiedlung von Migranten zu beobachten ist, eine Aussetzung der Ausgleichsabgabe zu erwirken.

Verstärkung von Nachbarschaftskonzepten unter Einbeziehung von Migrantinnen und Migranten

Es gibt in Bonn eine Reihe von Wohngebieten, die sehr einseitige Sozialstrukturen mit erheblichen Defiziten aufweisen. Es handelt sich hier gerade um solche Wohngebiete mit öffentlich geförderten Wohnungen, bzw. ehemals öffentlich geförderten Wohnungen. Hier wohnen oft auch vermehrt Migrantenfamilien. Diese Gebiete weisen sehr einseitige Sozialstrukturen auf.

Hier müssen sozialräumliche Konzepte erstellt werden, die helfen sollen, die Lebensbedingungen in diesen Stadtteilen zu verbessern.

Eine Kooperation von Beratungs- und Betreuungseinrichtungen würde dazu führen, dass die einzelnen Angebote effektiver ausgerichtet und genutzt werden können.

- Einbezogen werden sollen hierbei auch Programme für Migrantinnen und Migranten, z.B. Spracherwerb zur besseren Förderung von Schülerinnen und Schülern
- und integrative Jugendarbeit

Konflikte , die durch den Migrationshintergrund entstehen können u.a. auch dadurch vermieden oder gelöst werden, dass Schiedsleute eingesetzt werden, die Vertrauenspersonen aus der jeweiligen Migrantengruppe mit in den Konfliktlösungsprozess einbeziehen.

Ferner müssten verstärkt Nachbarschaftskonzepte entwickelt und gefördert werden, die Migrantinnen und Migranten einbeziehen.

Bernhard von Grünberg, Stadtverordneter, Tel.: 0228/94 93 09 14
mobil: 0173/2506560, e-mail: bernhard@von-gruenberg.de